

Pressemitteilung zu angekündigten Sparmaßnahmen des Kultusministeriums bei den Schulbudgets

Im Haushaltsentwurf für das kommende Kalenderjahr plant das Kultusministerium Einsparungen von 2,8 Millionen Euro bei den Schulbudgets. Eine wesentliche Maßnahme ist die Absicht, nicht wie bisher 90 Prozent, sondern nur rund 70 Prozent der Ausgabenreste ins nächste Haushaltsjahr zu übertragen. Die NDV protestiert entschieden gegen eine solche Kürzung, die mit den besonderen finanziellen Gegebenheiten von Schule nicht vereinbar ist. Schulen müssen ihre Budgets für ein Schuljahr (von August bis Juli) planen, sind also strukturell darauf angewiesen, bis zum Ende des Kalenderjahres nur etwa die Hälfte ihres Budgets auszugeben, da das Budget des neuen Haushaltsjahres in der Regel erst im Mai zugewiesen wird. Andernfalls könnten regelmäßige Zahlungen beispielsweise für unbefristete bzw. über den Kalenderjahreswechsel hinaus fortlaufende Arbeitsverträge nicht geleistet werden. Insofern ist das aus der Kameralistik stammende Prinzip, dass bis zum Ende eines Haushaltsjahres nicht in Anspruch genommene Ausgabenermächtigungen ganz oder teilweise verfallen, völlig kontraproduktiv. Dies macht nicht nur die Finanzplanung für ein Schuljahr unmöglich, sondern verhindert darüber hinaus auch eine vorausschauende mittelfristige Planung.

Ganz entschieden steht diese Maßnahme zudem im Widerspruch zu den Ankündigungen, dass Lehrkräfte künftig eine höhere Kostenerstattung für Klassenfahrten erhalten sollen. Statt die Budgets dafür entsprechend zu erhöhen, sollen sie nun indirekt gekürzt werden. Auch die höheren Zuweisungen für Ganztagschulen werden so zum Teil wieder zurückgenommen.

Bei allem Verständnis für die derzeit besondere Situation sieht die NDV in einer solchen Maßnahme einen entschiedenen Rückschritt gegenüber der gewünschten stärkeren Eigenverantwortung der Schulen; zudem steht sie im Widerspruch zu wesentlichen bildungspolitischen Zielsetzungen der Regierungskoalition (Ausbau des Ganztagsunterrichts, eigenverantwortliche Bewirtschaftung von Schulbudgets, Erhöhung der Zuschüsse zu Klassenfahrten) und darf keinesfalls so umgesetzt werden.

10.10. 2015

Dr. Wolfgang Schimpf, Vorsitzender NDV